

Ostdeutsche Lebenslügen

Von Michael Lühmann

Was ist da bloß los in Dresden, in Sachsen, in Ostdeutschland angesichts der immensen AfD-Erfolge? Schnell werden die alten Erklärungsmuster präsentiert, etwa die vom im Zuge der Transformation zurückgelassenen, wütenden, an den Verhältnissen leidenden Ostdeutschen, im Brennglas verdichtet und pathologisiert in der Figur des ostdeutschen Mannes. Auch die Erzählung von den abgehängten Regionen jenseits der alten Grenze hat wieder Hochkonjunktur – von Westdeutschen erst geplündert, hernach unter den Nagel gerissen und bis heute via Zeitungsredaktionen, Intendanten und Niederlassungsleitern beherrscht. Kurz, der Osten und mit ihm der „Ossi“ wird, wenn überhaupt, zumeist einseitig, als antidemokratisches Rudiment einer DDR-Sozialisation in Stellung gebracht, als Opfer der Transformation inszeniert, der er ungefragt beiwohnte – weshalb sich früher oder später der Hass entladen musste.

Eine solche, zudem verkürzte, Infantilisierung des Ostdeutschen ist aber schon eines der zentralen Probleme. Denn die Auffassung, dass der „Ossi“ von den „Wessis“ überrannt und geplündert wurde und bis heute gegenüber dem Westen benachteiligt ist, scheint zwar mit Blick auf Lohnentwicklungen, Eigentumsquoten und Eigentumshöhen richtig und beklagenswert. Aber unschuldig ist „der Ostdeutsche“ an den Entwicklungen im Osten nicht, ebenso wenig wie er nicht erst im Zuge der herbeigeschriebenen „Flüchtlingskrise“ radikalisiert worden ist. Zentral für das Verständnis der ostdeutschen Unzufriedenheit, die sich bei einem beängstigend hohen Anteil Ostdeutscher derzeit in der Wahl rechtsextrem durchwirkter Parteien wie der AfD manifestiert, sind vor allem drei Entwicklungen, die sich aus dem Zusammenspiel von ostdeutscher Sozialisation und ostdeutscher Situation ergeben: die überhöhten Erwartungshaltungen vor und nach 1989, spezifische politische Regionalkulturen und ein generationeller Bias.

Von unterirdisch beheizten Straßen und gläsernen Tankstellen

Was heute bisweilen als ein besonderes Gespür der Ostdeutschen für Ungerechtigkeiten gelesen und als Erklärungsmuster für die Wahl der AfD nur allzu gern in Stellung gebracht wird, ist nichts anderes als die Konsequenz eines kaum hinterfragten Selbstbetrugs der Ostdeutschen. Dieser gründet in latenten, aber tiefsitzenden Enttäuschungen, die schon vor 1989 aufkeimten

und sich über Dekaden verstärkten. Migrierten die Ostdeutschen vor 1989 via ARD und ZDF imaginär in den „goldenen Westen“, ließen sie im Zuge der Revolution von 1989 ihren Ruf „Neues Forum zulassen“ zugunsten Helmut Kohls „blühender Landschaften“ im Wortsinne links liegen. Nicht die Erwartung einer direktdemokratischen Politik, sondern das Versprechen von Wohlstand und Glück fuhr 1990 fulminante Wahlsiege ein. Nicht Demokratisierung und Ökologisierung wurden zum Signum der siegreichen Revolution, sondern die an den Westen gerichtete – und gegen alle, auch klugen Bedenken umgehend erfüllte – Forderung der DDR-Bürger nach der D-Mark, die man sonst per Abstimmung mit den Füßen durchsetzen wollte. Denn dahinter stand die Idee von einem Land, in dem „die Straßen unterirdisch beheizt“ würden und „die Tankstellen nie schließen“, in dem „die Leute gar nicht mehr wussten, was sie noch schöner machen wollten“ und das nach „Asphaltstraßen mit gläsernen Tankstellen, nach Terrassen mit Strohalmgetränken und Musik über einem blauen See“ aussah – so die literarische Verarbeitung dieses verzerrten und viele Enttäuschungen erklärenden Westbildes im Osten in Ingo Schulzes Roman „Neue Leben“.

Natürlich lässt sich die ostdeutsche Sehnsucht nach einem Leben in Freiheit und einem geeinten Deutschland nicht allein auf Konsum reduzieren, nicht auf Schilys Bananen-Metapher. Aber weil auch im Osten mit Erich Honeckers „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ das hehre Ziel einer Gesellschaft der Gleichheit schon vor 1989 auf dem Altar des Konsumsozialismus geopfert wurde, hat sich der Realitätsschock nach 1989 nochmals problematisch verstärkt. Hatte schon Honecker den Ostdeutschen in den 1970er Jahren bescheidenen Wohlstand versprochen, zog Kohl mit den „blühenden Landschaften“ nach. Und sicher blüht vieles im Osten, die gläserne Manufaktur ebenso wie so manche bis heute brachliegende Gewerbegebietsfläche, doch beheizt werden die Straßen noch immer nicht, und statt Strohhalmen gab es Deindustrialisierung à la Treuhand, ABM und Hartz IV. Das ist gemessen an den Lebenshoffnungen der Menschen im Osten wenig, doch gewehrt hat sich kaum einer. Treu wählten sie im Osten Helmut Kohl, der die Breuelsche Treuhandradikalkur gegen alle Mahner durchsetzte. Treu wählten die Dresdnerinnen und Dresdner einen FDP-Oberbürgermeister, der den gesamten sozialen Wohnungsbau der Stadt privatisierte. Treu kauften die Ostdeutschen mit der neuen Währung alles, was nur westdeutsch aussah: 15 Jahre alte Gebrauchtwagen zu Phantasiepreisen, westdeutschen Joghurt, westdeutsche Butter, westdeutsches Mehl, Krönung statt Mona Gold, Nutella statt Nudossi, Coca- statt Vita-Cola. Dass sie damit – Rotkäppchen und Jenoptik mögen die Ausnahmen sein – die ostdeutsche Wirtschaft mit ruiniert haben, das stellten sie erst fest, als die Ostalgiewelle all die Produkte zurückbrachte, zwar unter ihren ostdeutschen Namen, aber nun in westdeutscher Hand.

So richtig das Lamento sein mag, dass ein Großteil der für den Wiederaufbau Ostdeutschlands verwendeten Gelder nach 1989 wieder in westdeutsche Kassen zurückfloss, die Gründe dafür haben eben auch mit den Ostdeutschen selbst zu tun. Gleiches gilt für die politische Ebene. Blickt man etwa nach Sachsen, wo der Frust am größten sein muss, dann bleibt die Erkennt-

nis, dass die Wählerinnen und Wähler auch den ostdeutschen Politikern wenig bis nichts zutrauten. Die originär und mehrheitlich ostdeutschen Parteien wie die wiedergegründete SDP/SPD, die Bürgerbewegten von Bündnis 90 oder die gewendeten Sozialisten wurden mit politischer Nichtbeachtung gestraft, während in Sachsen und Thüringen mit Kurt Biedenkopf und Bernhard Vogel westdeutsche Politiker Ergebnisse von über 50 Prozent einfuhren. Und heute folgen die frustrierten und verängstigten ostdeutschen Männer wieder westdeutschen Politikerimporten, den Höckes, Gaulands und Maiers – auch weil sie enttäuscht sind von einer der ihren: von Angela Merkel.

Die Lasten der Vergangenheit

Ein anderes Erbe der DDR, welches in den Jahren der Transformation und ganz besonders in den vergangenen Jahren wieder zum Vorschein kommt, ist die Diagnose, dass es im Osten Deutschlands zwar einen staatlich verordneten Antifaschismus, aber eben keine tiefgreifende Absetzbewegung der DDR-Bevölkerung von rassistischen, nationalistischen und antibolschewistischen Stereotypen der NS-Propaganda gegeben habe. Die DDR sei zudem eine ethnisch homogene Nation gewesen, und der heute überschäumende Nationalismus in den postsowjetischen Gesellschaften weniger eine „Wiedererfindung, sondern ein Element der Kontinuität“,¹ in dem die historische Hypothek einer gefühlten Konkurrenz mit „Fremden“ – vor allem mit den angeblich besser ausgestatteten, vermeintlich staatlich protegierten „Gastarbeitern“ aus den sozialistischen Bruderländern – um die wenigen verfügbaren Konsumgüter der Mangelgesellschaft fortwirke.²

Nun ist dieses Denken angesichts von noch immer drei Vierteln ostdeutscher Nicht-AfD-Wählerinnen und -Wähler freilich nicht überall verbreitet. Zwar ist es ein Leichtes, die Vorstellung eines geeinten, vom Fremden freien Volkskörpers, von der deutschen Kulturnation, in Partei und Wählerschaft der AfD wiederzufinden. Doch schon zwischen den Generationen gibt es deutliche Abstufungen: So zeigen die Nachwahlbefragungen etwa bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2016 eine erklärungsbedürftige Altersstruktur der dortigen AfD-Wählerschaft. Während die AfD bei den Erst- und Jungwählern zwischen 18 und 24 Jahren (mit 13 bzw. 15 Prozent) sowie den Wählern jenseits der 70 (mit 14 Prozent) vergleichsweise schlecht abschnitt, war sie bei Männern zwischen 35 und 44 Jahren (mit knapp 30 Prozent) sowie jenen zwischen 45 und 59 Jahren besonders erfolgreich.

1 Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger und Patrice Poutrus, Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zur Einführung, in: Dies. (Hg.), Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003, S. 9-21.

2 So auch der Historiker Stefan Wolle: „Hier konnten sie [die Vertragsarbeiter] Nähmaschinen, Fahrräder oder Mopeds kaufen – Waren, die in ihrer von einem dreißigjährigen Krieg gebeutelten Heimat ein Vermögen wert waren. Gerade diese Einkäufe wurden von der DDR-Bevölkerung jedoch argwöhnisch beäugt. In den Stasiberichten ist von Neid und Missgunst die Rede, auch weil die fleißigen Vietnamesen ihren deutschen Arbeitskollegen schnell den Rang abliefen. Viele Deutsche sprachen gehässig von ‚Vietcongs‘ und ‚Fidschis‘ und verdächtigten die Kollegen des Schwarzhandels“, Stefan Wolle, Geschlossene Gesellschaft, in: „ZEITgeschichte“, 4/2015, S. 96-97.

Der einfache und zugleich beunruhigende Befund: So alt sind inzwischen diejenigen, die 1992 in Rostock-Lichtenhagen ihrem Hass auf „die Ausländer“ freien Lauf ließen, jene, die der Autor Clemens Meyer für das Leipzig der 1990er Jahre porträtiert hat und die Peter Richter für das Dresden der chaotischen Jahre 1989/90 jüngst beschrieb. Jene meist jungen Neonazis, die in den 90er Jahren in manchen Gebieten Ostdeutschlands die hegemoniale rechte Alltagskultur begründet und vielfach auch gewaltsam durchgesetzt haben. Jene Kohorten der um 1970 geborenen Ostdeutschen, die dem antifaschistischen Gründungsmythos der DDR vehement abgeschworen haben, und die, wie Konrad Weiß es bereits 1989 im „Samisdat“ formulierte, den „braunen Stafettenstab“ von den Großvätern übernommen haben.

Sächsische Verhältnisse

Heraus sticht aber nicht nur eine spezifische männliche Alterskohorte, heraus stechen auch einige ostdeutsche Regionen, allen voran Sachsen, und dort besonders die Gebiete südlich und östlich der Stadt Dresden – jener vermeintlichen „Opfer-Stadt“, die schon um 1900 Hochburg des parteipolitischen Antisemitismus war, später Zentrum der nationalsozialistischen deutschen Kirche, im vergangenen Jahrzehnt Aufmarschort der größten europäischen Nazi-Kundgebungen und Heimat von Pegida, zugleich Partei- und Regierungszentrale des wohl am weitesten rechts stehenden CDU-Landesverbandes, der sein Heil künftig wohl noch weiter rechts suchen will. Die AfD ist, das hätte eigentlich niemanden überraschen dürfen, stärkste Kraft in Sachsen geworden. Sie holte drei Direktmandate und in so manchem Ort Stimmenanteile von knapp 50 Prozent. Damit ist nun amtlich widerlegt, was Arnold Vaatz, Michael Kretschmer und andere größere und kleinere Granden der CDU in jede Kamera beteten, nämlich dass „der Sachse“ eben ein bisschen widerständiger sei, aber keinesfalls auf dem rechten Auge blind. Sie taten dies ganz im Sinne von Kurt Biedenkopfs Bonmot, wonach Sachsen gegen Rechtsextremismus immun sei. Dabei hatte sich dies schon längst als ein politischer und lokalpublizistisch wiederholter (Selbst-)Betrug herausgestellt, der vor allem im tiefsten Inneren des Freistaates hohe Zustimmung bekommt. Und doch hatte die AfD ihre ersten, oft übersehenen großen Erfolge bereits in den Jahren 2013/14 im Süden und Osten Sachsens errungen – in jenen Landstrichen, in denen sich eine einmalige Melange gebildet hat aus – heute in der AfD beheimateten – evangelikal beeinflussten, weltfremden Lebensschützern, Homophoben und Islamhassern einerseits und einem gewaltbereiten, manifesten Rechtsextremismus, wie er in Freital, Heidenau, Clausnitz, Bautzen und der Sächsische Schweiz immer wieder aufflackert, andererseits.³

Sachsen, einst Hort der liberalen Emanzipation, stolzer Vorkämpfer für die Verfassung und bedeutendes Zuwanderungsland, ist verkommen zu einem

3 Vgl. Michael Lühmann, Meinungskampf von rechts. Über Ideologie, Programmatik und Netzwerke konservativer Christen, neurechter Medien und der AfD, Dresden 2016, www.boell.de.

Land, in dem die Demokratie- und Verfassungsfeindlichkeit größte Zustimmung erhält. Sachsen, ehemals sozialdemokratisches Mutterland und linke Hochburg in der Weimarer Republik,⁴ ist nun endgültig zum Stammland rechter Regression geworden. Wo einst stolze Kommunisten und Sozialdemokraten das Land prägten und es gegen die Nationalsozialisten zu verteidigen suchten, wuchert – nicht erst seit heute – die rechte Gegenrevolution. Wo früher religiöse Toleranz herrschte, sich Kunst, Kultur und Technik entfalteten, wo es gelang, Millionen von Fremden zu integrieren, die aus dem durch Bergbau und Manufakturwesen geprägten Königreich die erste Herzkammer der industriellen Revolution im Deutschen Reich machten, ist heute die Warnung vor „Mischvölkern“ satisfaktionsfähig.

Auch bei der jüngsten Revolution der deutschen Geschichte war Sachsen zunächst stolzer Vorreiter. Noch im Jahr 1988 fanden hier mit die ersten ökologisch bewegten Demonstrationen statt, bevor sich 1989 Plauen mit der ersten großen Demonstration, Leipzig mit den berühmten Montagsdemos und Dresden als Ort heftiger Auseinandersetzungen bei der Durchfahrt der Prager Botschaftsflüchtlinge und Ort der „Dresdner Zwanzig“ in die europäische Demokratisierungsgeschichte einschrieben. Doch der euphorische Blick auf die sächsischen Anteile der Revolution trägt womöglich schon. Es mag sein, dass in Sachsen 1989 mehr und früher demonstriert wurde als in Ostberlin, es mag sein, dass schon im Juni 1953, beim Volksaufstand in der DDR, die Forderungen in Niesky, Bautzen und anderswo in Sachsen radikaler waren als in anderen ostdeutschen Landstrichen. Aber ob hier Freiheits- und Toleranzideale die Feder führten oder doch ein übersteigerter Antikommunismus, gemischt mit einer nicht wenigen Sachsen seltsam eigenen Abwehr gegen Fremdes, Anderes, Modernes, ist bis heute wenig diskutiert. So traurig der Blick in die stolze, aber eben auch schon früh brüchige sächsische Toleranz- und Demokratieerzählung, so traurig ist auch der Blick in die Gegenwart. Nicht eine nationalkonservative, patriotische und den Lockungen der Liberalität widerstehende sächsische CDU hat die Bundestagswahl in Sachsen gewonnen, sondern die ausweislich ihrer Spitzenkräfte rechtsextrem durchwirkte AfD.

Plädoyer für eine kritische ostdeutsche Selbstbefragung

Diese traurige Wahrheit, aber auch die Befunde zu generationellen Schief-lagen und einem durch enttäuschte Erwartungen imprägnierten Seelenhaushalt, der sich in der Abwehr des Anderen, Abweichenden manifestiert, werden in künftigen Auseinandersetzungen nicht mehr zu umschiffen sein – sie dürfen es auch nicht. Allzu lange haben die falschen Propheten in Politik, Medien und Wissenschaft vor Stigmatisierung gewarnt und damit eine

4 Dieses Bild stimmte allerdings schon in der Weimarer Republik nicht mehr: Die Regionen im Süden Sachsens, in denen heute die AfD triumphiert, hatten sich schon in der Weimarer Republik von einer sozialdemokratischen in eine NSDAP-Hochburg verwandelt, vgl. Franz Walter u.a., Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora, Bonn 1993.

offene Auseinandersetzung über das sächsische, das ostdeutsche Leiden verhindert. Allzu oft haben „Ostdeutschland-Versteher“, so manche Wend-ROManschreiber und die Politik jene rechts denkenden und wählenden Ostdeutschen aus Hasenfüßigkeit und falschem Verständnis heraus vor einer harten Auseinandersetzung bewahrt. Eine Auseinandersetzung, die in der alten Bundesrepublik ob gigantischer Transfersummen ebenso eingefordert wird, wie sie auch von liberalen Ostdeutschen – leider kaum vernehmbar – begrüßt würde.

Denn der Riss geht nicht allein durch Ost und West, sondern quer durch Ostdeutschland: Er verläuft zwischen dem liberalen Leipzig, in dem die Lokalpolitik die Zivilgesellschaft klar im Kampf gegen rechts unterstützt, und einer Dresdner Lokal- und Landespolitik, die die Zivilgesellschaft unter Generalverdacht stellt; zwischen liberalen ostdeutschen Christen und radikalen Evangelikalen in Sachsens Süden; zwischen mittelalten Männern und jungen Frauen; zwischen jenen, die geblieben sind, und jenen, die es in diesem rechten Mief nicht mehr ausgehalten haben; zwischen Bundesländern, die den wohltuenden Wechsel von Regierungen kennen, und jenen, die von der einen in die nächste De-facto-Einparteienherrschaft geraten sind; zwischen AfD-Wählern und jenen, die die etablierten Parteien wählen.

Doch damit haben die erdrutschartigen Wahlsiege der AfD in Sachsen und in Ostdeutschland auch ihr Gutes. Denn angesichts von AfD-Zweitstimmenergebnissen knapp unter 50 Prozent in nicht wenigen Kommunen sollte eigentlich nicht einmal die sächsische Staatspartei CDU mehr leugnen, dass es in Sachsen ein Problem von rechts gibt.⁵ Eine Ost-Beauftragte sollte nicht mehr den Zeigefinger auf den Westen richten, wenn die AfD im Osten triumphiert, und eine ostdeutsche Kanzlerin nicht schweigen, wenn Ostdeutschland mehr und mehr zum Hort der rechten Regression wird.

Man sollte, bei aller Vorsicht, dem Osten Deutschlands, dem Land Sachsen, meinem Sachsen, die Diskussion nicht ersparen. Zumal spätestens im Jubiläumsjahr 2019 die Debatte über das ostdeutsche Selbstverständnis wieder Fahrt aufnehmen wird. Eine kritische ostdeutsche Selbstbefragung im Vorfeld wäre ein gelungener Auftakt.

5 Die Forderungen Stanislaw Tillichs nach einem Rechtsruck der Union zeigen allerdings, dass die sächsische Union ihre Lektion nicht gelernt hat, vgl. Jochen Gaugele, Tillich: „Leute wollen, dass Deutschland Deutschland bleibt“, www.waz.de, 30.9.2017.